

OCCUPATIO BELLICA.

Die Rechtsgrundlage der deutschen Verwaltung in den besetzten Gebieten.

Vor kurzem sind von den zuständigen deutschen Stellen nähere Einzelheiten über die deutsche Zivilverwaltung in den besetzten niederländischen Gebieten bekanntgegeben worden. Danach hat der Reichskommissar zur Durchführung seiner Aufgaben alle Befugnisse, die nach der niederländischen Verfassung und den niederländischen Gesetzen bisher dem König (der Königin) und der niederländischen Regierung zukamen. In allen Fragen soll streng nach den Grundsätzen des Völkerrechts verfahren werden, wobei die Rechte und Pflichten der Besatzungsbehörden auf Grund der Bestimmungen der Dritten Haager Konvention festgelegt seien. Das niederländische Recht bleibe in Kraft und ebenso behielten die niederländischen Behörden und Beamten ihre Befugnisse, soweit diese sich mit den Aufgaben der deutschen Zivilverwaltung vereinbaren ließen. Die Generalsekretäre der niederländischen Ministerien seien dem Reichskommissar verantwortlich, der zur Ausführung der Verwaltungsaufgaben vier Generalkommissare ernannte. Ferner würden für die einzelnen Provinzen Bevollmächtigte ernannt; für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie die niederländische Polizei, soweit der Reichskommissar sich nicht der deutschen Schutzstaffeln und Polizeitruppen bediene.

Haager Landkriegoordening.

„Nach den Grundsätzen des Völkerrechts und auf Grund der Bestimmungen der Dritten Haager Konvention...“ — das heißt, die deutsche Verwaltung soll nach den Grundsätzen der occupatio bellica, der kriegsmässigen Besetzung geführt werden, wie sie im dritten Abschnitt (Artikel 42 bis 56) der Haager Landkriegoordening geregelt ist.

Die Rechtsgrundsätze der occupatio bellica sind eine Eigenschaft des neunzehnten Jahrhunderts. Noch bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts ging man davon aus, dass die Besetzung den Übergang des „eroberten“ Gebietes mit allen Hoheitsrechten an die Besatzungsmacht bewirke. Das wichtigste Kennzeichen der occupatio bellica ist demgegenüber, dass die Staatshoheit des besetzten Landes bestehen bleibt und dass die Besatzungsmacht nur gewisse Hoheitsrechte für die an der Ausübung ihrer Funktionen behinderte Regierung wahrnimmt. „Ausübung der Staatsgewalt durch den Souverän auf Grund der tatsächlichen Gewalt und nach Maszgabe des objektiven Kriegsrechts zur Wahrnehmung der Interessen der Kriegführenden und zum Schutze der Bevölkerung des besetzten Gebietes“ — in dieser Definition hat man die wesentlichen Merkmale der Kriegsbesetzung zusammenzufassen versucht. Voraussetzung für die Erlangung der Rechte nach den Art. 42 bis 56 der Haager Landkriegoordening ist demnach die tatsächliche Ausübung der Herrschaftsgewalt im besetzten Gebiet. (Wie so häufig knüpft das Völkerrecht auch hier gewisse Rechtswirkungen an die bloße „Effektivität“ irgendeiner Maszregel.) Dementsprechend bestimmt Artikel 42, Absatz 2: „Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann“. Die Rechte der Besatzungsmacht enden in dem Augenblicke, in dem sie ihre effektive Herrschaftsgewalt verliert oder in dem für die Rechtslage des besetzten Gebietes eine entgeltliche Regelung getroffen wird, entweder durch einen Friedensvertrag oder durch die tatsächliche, völlige Niederkämpfung und Vernichtung der feindlichen Staatsgewalt („debellatio“).

Wahrnehmung der Interessen der Kriegführenden und Schutz der Bevölkerung der besetzten Gebiete — das sind die beiden einander häufig widersprechenden und daher nur unter Aufbringung stärksten Verantwortungs- und Pflichtgefühls zu vereinbarenden Gebote, von denen sich die Besatzungsbehörden leiten lassen sollen. Danach sind alle einzelnen, aus dem Wesen der Kriegsbesetzung als einer gleichsam provisorischen und treuhänderischen Verwaltung folgenden Bestimmungen auszulagen.

Das Recht der Besatzungsmacht.

Die Landesgesetze bleiben, „soweit kein zwingendes Hindernis besteht“, in Kraft (Artikel 43). Die Besatzungsmacht kann alle Gesetze und Verordnungen erlassen, die aus Gründen der militärischen Sicherheit und zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens erforderlich sind. Auch die Gerichtsbarkeit des besetzten Gebietes bleibt grundsätzlich weiterhin in Tätigkeit. Nur im Falle einer Störung der Gerichtsorganisation hat die Besatzungsmacht eigene Gerichte, gegebenenfalls auch mit eigenen Richtern, einzusetzen, die nach den im besetzten Gebiete geltenden Gesetzen, möglicherweise aber nach eigenen neuen Verfahrensvorschriften Recht sprechen. Endlich soll auch die Verwaltung nach Möglichkeit nach Maszgabe der bestehenden Gesetze weitergeführt werden. Allerdings ist die Besatzungsmacht nicht verpflichtet, sich dabei der bisherigen Beamten zu bedienen, wie auch diese nicht verpflichtet sind, sich in den Dienst der Besatzungsmacht zu stellen. Die Besatzungsmacht kann Steuern, Zölle und Gebühren erheben, sie soll es „möglichst nach Maszgabe der für die Erhebung und Verteilung geltenden Vorschriften“ tun (Artikel 48). Es erwacht ihr dafür die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmässige Regierung hierzu verpflichtet wäre. Die Erhebung weiterer Geldbeträge ist nur zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebietes zulässig (Artikel 49). Die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete behält ihre bisherige Staatsangehörigkeit. Sie darf nicht gezwungen werden, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten (Artikel 45) oder Auskünfte über das eigene Heer und dessen Verteidigungsmittel zu geben (Artikel 44). Die Ehre und die Rechte der Familien, das Leben der Bürger und das Privateigentum sollen ebenso wie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen geschützt werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden (Artikel 46). Doch kann die Erfüllung der Dienstpflicht in der Wehrmacht der besetzten Landes oder seiner Verbündeten verboten werden. Auch können der Zivilbevölkerung Natural- und Dienstleistungen abverlangt werden. Sie dürfen jedoch nur für die Bedürfnisse der Besatzungsheere gefordert werden, müssen im Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes stehen und solcher Art sein, dass sie nicht für die Bevölkerung die Verpflichtung enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen (Artikel 52, Absatz 1). Die Besatzungsmacht kann weiterhin das bare Geld und die Wertbestände des besetzten Staates und die ihm zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorratshäuser und Lebensmittelvorräte, schliesslich überhaupt alles für Kriegszwecke geeignete bewegliche Staatseigentum mit Beschlag belegen. Nachrichten- und Beförderungsmittel, Waffenniederlagen und Kriegsvorräte aller Art können auch dann beschlagnahmt werden, wenn sie Privatpersonen gehören. In diesem Falle müssen sie beim Friedensschluss zurückgegeben werden, und es muss die Entschädigung geregelt werden (Artikel 53).

Das eroberte Land ist mithin, soweit die Vorschriften des Völkerrechts respektiert werden, nicht der Willkür der feindlichen Besatzungstruppen ausgesetzt. Die Regeln der Kriegsbesetzung enthalten vielmehr die wichtigsten Erfordernisse einer Notverordnung, die auf der Grundlage der tatsächlichen Machtverhältnisse eine Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung erlaubt. Die oben wiedergegebene Mitteilung zeigt, dass sich die deutschen Besatzungsbehörden über diese Rechtslage im klaren sind und ihr Rechnung tragen wollen.

X.

Wir fragen unseren Lesern excuus voor het feit, dat we een vreemde taal gebruiken. Vertalen leek me ditmaal ongewenscht.

Het mooie van dit stuk is, dat het in een Reichsausgabe staat. Onze lezers kunnen nu zien, dat we, ons baseerend op deze bepalingen, primo goede Nederlanders waren, en secundo precies zoo redeneerden als de Duitsche rijksapers verzekert, dat de Duitsche autoriteiten door ons willen geredeneerd zien. Het gaat in het stuk immers duidelijk over Nederland.

Wij hebben nog een ander doel met dit citaat. Zooals uit een officiële mededeeling, aan den kop van ons nummer, blijkt, is door een lichaam, dat zich aandient als de „Raad van Voorlichting der Nederlandsche Pers“, tevens orgaan tot voorbereiding eener Nederlandsche Perskamer, een bericht verspreid, dat na officiële informatie onjuist bleek.

We zullen de bladen, die uit dit als „vertrouwelijk“ aangediende stuk hebben geciteerd, niet hard vallen. Wel vragen we ons af, of het niet een in de kaart spelen van een klein groepje Nederlanders is, als onze (nog wel christelijke) pers dadelijk doorgeeft, wat dit groepje Nederlanders publiceert.

Wij verstaan dit niet goed. We geven toe, dat we dezen „Raad“ evenmin verstaan. Boven heel de mededeelingenreeks (no. 11—21) staat: „Vertrouwelijke mededeelingen, uitsluitend ter informatie der redacties. Publicatie derhalve verboden“.

Maar midden in mededeeling 20 staat: „Strikt vertrouwelijk — niet voor publicatie bestemd“.

Dat is funest. Alles heet vertrouwelijk, publicatie is zelfs over heel de linie verboden, maar toch wordt, door dan een apart onderdeel van één der berichten weer eens extra als „niet voor publicatie bestemd“ aan te dienen, de indruk gewekt, als ware het geheime totaal geen geheim totaal.

Deze methoden van Nederlanders acht ik ongeoorloofd.

Ik dring er bij onze pers nogmaals op aan, dezen heeren geen stap tegemoet te doen, en zich vooral niet te laten intimideeren. Wij willen de Duitsche weer-macht ontzien, en ons correct gedragen. Maar wij willen Nederlanders, die zich incorrect gedragen (ook tegenover de Duitsche autoriteiten, waarvan zij beweringen in 't geheim en toch weer half niet in 't geheim doorgeven, welke onwaar zijn) ons van het lijf houden. Wij hebben dat recht, ook volgens de „Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe“. Wij willen, dat Nederlanders, die anders denken dan wij, afblijven van onze religie, en niet door semi-officiële handelingen, en persbeïnvloeding, de zaak van Christus in onze landen hinderen.

Ik heb een vraag aan „De Rotterdammer“. Dit blad (vergissen we ons niet) heeft „mededeeling nr 21“ van genoemden Raad verwerkt in een publicatie. Dat is nu eenmaal gebeurd, we zwijgen er in liefde over. Maar heeft het blad ook van dezen „Raad“ een afstraffing gekregen? Zoo neen, mag ik dan ook op mijn beurt andere mededeelingen van dezen Raad publiceren? Ik zou het zeer nuttig achten, want ons volk zou dan duidelijk zien, hoe men tracht, onze vrije, ook kerkelijke pers, langs geheime en toch ook weer half-geheime wegen te infecteeren met onwaarheden niet alleen, doch ook met bijgeloof.

Overigens hoop ik, dat de Duitsche autoriteiten dezen heeren aan het verstand zullen brengen, dat zij niet verkiezen, dat er omtrent hen onwaarheden worden gelanceerd. Die wekken maar „onrust en verdeeldheid“, om met mededeeling nr 21 te spreken!

„Om der wille van de smeer...“

Het „Chr.-Sociaal Dagblad“, „De Amsterdammer“ schrijft:

Indien de Deutsche autoriteiten de eenheid van het Nederlandsche volk zouden beoordeelen naar het beeld, dat de nationaal-socialistische organisaties hun er van geven, moeten zij wel een zonderling beeld er van krijgen.

Vier, vijf nationaal-socialistische groepen, elk met een eigen blad en al wat er verder bij zulk een groepering behoort, bieden zich aan, kloppen aan de deuren der Deutsche bewindhebbers en vragen om „de gunst en reccommandatie“.

Elk dezer groepen — die met elkaar een 2 procent van het Nederlandsche volk omvatten — pretendeert te spreken namens het geheele Nederlandsche volk. Zij en zij alleen zijn de groep der zuivere nationaal-socialisten. Zij probeeren elkaar in vriendschappelijkheid tegen de Deutsche autoriteiten en 't Deutsche volk te overtreffen; zij pogen elk voor zich het voorbeeld van de N.S.D.A.P. — de Deutsche nationaal-socialistische partij — te volgen; zij pogen elkaar te overtroeven in anti-semietisme, in roemen over „het Germaansche ras“, in het praten over de doeleinden, welke Duitschland in de internationale politiek heeft; in kwaadspreken over de Nederlandsche regeering, kortom in alles, waarmee zij moenen de Deutsche autoriteiten in het gevecht te kunnen komen.

En bovendien elk voor zich klaagt over de „verdeeldheid van het Nederlandsche volk“, waartegenover dan staat hun „krachtige en prachtige eenheid“.

In nationaal-socialistische kringen heeft een tijdlang het woord „heroisch“ den dienst gedaan van stopwoord.

Dat was nog in de dagen van den opbouw der propagandistische mythe.

Ziehier de heroische werkelijkheid...

Meten met twee maten.

„De Amsterdammer“, „Chr.-Sociaal Dagblad“ schrijft:

Zaterdag werd de De Amsterdammer-marsch gehouden. Het is een sportieve prestatie-tocht, waaraan de naam van ons blad verbonden is. Ons blad is een niet-politiek orgaan. De marsch, waaraan de naam van ons blad verbonden is, heeft nooit tot eenige politieke uiting, laat staan tot eenige ordeverstoring aanleiding gegeven.

Voor de marsch van Zaterdag was de gebruikelijke politieonele goedkeuring gevraagd en verkregen.

Echter waren er — althans voor de gemeente Amsterdam — bijzondere voorwaarden:

Verboden was:
a. het medenemen van vaandels, banieren en vlaggen;
b. het maken van muziek;
c. het zingen;
d. het houden van spreekkoren.

Als goede, gezagsgetrouwe Nederlanders hebben de deelnemers zich uiteraard aan deze voorschriften gehouden. Den zin er van begrepen ze niet. Waarom de verenigingen hun vlag niet mochten dragen, waarom er, al marcheërend, geen ferm marschliedje gezongen mocht worden, waarom er geen marsch gelagen en gespeeld mocht worden door een tamboer- en pijperscorps, waarom de verenigingen niet hun „yell“, hun spreekkoor op den verenigingsnaam, mochten laten hooren, was den deelnemers duister, maar — het was gezegd, dus: gehoorzaam.

Echter trof het ons, dat op denzelfden Zaterdag een groepje N.S.B.-ers in uniform met gestoken trompetten door het hartje van Amsterdam mocht trekken.

Zaterdag gold het uniformverbod nog ten volle. Die groep was dus in overtreding. En zij mocht ongestoord de trompet steken.

Terwijl aan gezagsgetrouwe Nederlanders zelfs het zingen van een marschlied verboden was.

Wij verstaan dit niet.

Hier was een ongelijke behandeling. Hier werd tweërlei maat aangelegd. Hier werd niet recht gehandeld.

Nogmaals: wij verstaan dit niet.

Naar ik hoor, loopen op meer dan één plaats bepaalde volksleden met gummistokken.

Ook al om na te volgen?

We hopen niet, dat de ziekte op anderen overslaat. We hopen wel, dat Nederlandsche burgers op voet van gelijkheid zullen behandeld worden.

K. S.



GEREFORMEERDE KERKEN.

Tweetal te:
Ooster Nijkerk (Fr.): Cand. G. van Andel, hulppred. te Leiden en Cand. J. F. H. v. d. Born, hulppred. te Hilversum.

Beroepen te:
Roden: Cand. H. van Rhijn te Waddinxveen.

Bedankt voor:
Wansword: H. de Moor te Nes.

De P. Roos. †
Te Lekkerkerk is Woensdag 3 Juli in den ouderdom van 64 jaar overleden Ds P. Roos, predikant bij de Geref. Kerk aldaar.

School voor Gereformeerde Wijkoverleging te Rotterdam.
Voor het op 26 en 27 Juni gehouden examen van de

„De Reformatie“ is door zijn groote oplage HET blad voor FAMILIE-ADVERTENTIËN. Onze Gereform. kringen gelieven daarmede te rekenen.

HILVERSUM

Rookt U een fijne Sigaar?
Of prefereert U een pijp?
Dan kunt U terecht bij

Sigarenmagazijn
„The Oldsmoker“
Kerkstraat 8 - Hilversum.

VOOR DE JONGELINGSVEREENIGING

Het Vereenigingsleven
in de 50e eeuw
tweede druk

SAMESPREKAK VOOR 12 PERS.
Prijs f.0.30 - per 12 exx. f.3.-

Verkrijgbaar bij den boekhandel en bij de uitgever

Oosterbaan & Le Colindre N.V., Goes

HEDEN VERSCHEN:

INKEER EN UITZICHT

Een woord voor dezen tijd
door

Prof. Dr J. H. Bavinck
en Ds C. B. Bavinck Jr

Dit boekje is speciaal geschreven met het oog op den nood van dezen tijd. Het is precies afgestemd op wat er tegenwoordig in hart en hoofd omgaat. Een boek van troost, van geloof, van hoop, dat geestelijken steun en houvast geeft en een uitweg wijst uit de gedruktheid, uit zorg en ellende.

Daarom is dit HET boek voor de menschen van dezen tijd.

INHOUD: 1. Inleiding. 2. Werkelijkheidszin. - 3. Godsvertrouwen. - 4. Het onontneembare. - 5. Volharding. - 6. Het groote uitzicht.

Prijs slecht 90 ct.

IN ELKEN BOEKHANDEL

J. H. KOK N.V. KAMPEN